



INSIDER

AUSGABE 31 · 13. NOVEMBER 2015

SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND ENDLICH AUFHEBEN



Von Wolfgang Gehrke, LINKE, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

Die Bundesregierung muss endlich in der Europäischen Union für eine Aufhebung von Sanktionen gegen Russland eintreten. Ein erster Schritt dazu wäre die Aufhebung der Einreiseverbote gegen gewählte Abgeordnete des russischen Parlaments. Dies könnte der Einstieg in den Ausstieg sein.

Wenn nicht einmal Duma- mit Bundestags-Abgeordneten frei diskutieren können, dann ist die deutsch-russische Po-

litik auf einem Tiefpunkt angekommen. Unter der ›Kontaktsperre‹ leidet auch die kulturelle Zusammenarbeit. Kulturaustausch setzt immer Freiheit des Wortes und des Nachdenkens voraus. Russische Abgeordnete sind auf die ›Schwarze Liste‹ gesetzt worden, weil sie in wichtigen Fragen im russischen Parlament anders gesprochen oder gestimmt haben als die EU für richtig hält.

Wirtschaftspolitisch sind die Auswirkungen der Sanktionen für Deutschland katastrophal. Über die nachhaltige Störung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden in Deutschland in großem Umfang Arbeitsplätze gefährdet und die Landwirtschaft geschädigt. Wissenschaft und Forschung leiden unter den Sanktionen ebenso wie Maschinenbau oder klein- und mittelständische Unternehmen im Osten. Die Sanktionsflaute hat jetzt auch die Großindustrie erreicht. Zum Beispiel ist ein so großer, international agierender Konzern wie Siemens davon betroffen.

Es wäre wünschenswert, wenn die betroffenen Unternehmen sich nicht weiter abducken, sondern mit der Bundesregierung Tacheles reden.

RUSSISCHER INDUSTRIE- UND HANDELSMINISTER WIRBT UM DEUTSCHE INVESTITIONEN

Russland bemüht sich verstärkt um die Akquise deutscher Investoren und eine baldige Lockerung der EU-Sanktionen. Der russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow kam am vergangenen Sonntag zu einem dreitägigen Besuch nach Deutschland, um deutsche Unternehmer und politische Entscheidungsträger zu treffen und an der Eröffnung der internationalen Landtechnik-Messe Agritechnica teilzunehmen. Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung »Deutsch-Russischer Wirtschaftsdialog« mit circa 350 Gästen plädierte Manturow gegen die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen und berichtete über die aktuellen Mechanismen der In-

dustrieförderung in Russland, darunter das neue Gesetz zur Industriepolitik. Durch den Abschluss von so genannten speziellen Investitionsverträgen zwischen privaten Investoren und dem Staat werden Investoren vor möglichen Auswirkungen eventueller Rechtsänderungen geschützt.

Zudem gibt es zahlreiche Fördermaßnahmen, wie Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für Industrieprojekte. Der Landmaschinenhersteller Claas wird als erstes deutsches Unternehmen von russischen Staatshilfen profitieren. An diesem Dienstag wurde im Rahmen der Agritechnica-Messe ein entsprechendes Memorandum besiegelt.

STUDIE: KLIMASCHUTZ ZAHLT SICH AUS

Investitionen in den Klimaschutz sind nicht nur für den Menschen und die Umwelt gut, sie haben auch positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Zu diesem Schluss kommt eine Studie von Prof. Olav Hohmeyer im Auftrag der Umweltschutzorganisation Germanwatch. Ein umfassender Klimaschutz, der die globale Erderwärmung von mehr als zwei Grad Celsius verhindert, wäre ökonomisch sinnvoll: Bis 2050 wäre der wirtschaftliche Nutzen der Maßnahmen drei Mal höher als die Investitionskosten. Hohmeyer rechnet mit einem 16 Billionen Euro Vorteil im Jahr 2050. Der Weltklimarat IPCC hatte die Kosten eines ambitionierten Klimaschutzes mit

fünf Billionen Euro weltweit angegeben. Um einen ordentlichen Klimaschutz zu gewährleisten, müssten sich die Staats- und Regierungschef schnellstmöglich auf einen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bis Mitte des Jahrhunderts einigen, so Christoph Bals, Geschäftsführer von Germanwatch. Ohne Klimaschutz läge das globale Brutto sozialprodukt zehn Prozent unter der Wirtschaftsleistung, die bei fortlaufenden Klimaschutzmaßnahmen zu erwarten wäre. Hohmeyer geht weiter davon aus, dass der Nutzen nach 2050 exponentiell weiter steigt. Ohne Schutz sähen sich die Staaten rasant steigenden Schadenskosten gegenüber.

ALPHA-TRASSE IN NIEDERSACHSEN

In der Abschlussitzung des Dialogforums Schiene-Nord hat sich eine große Mehrheit für die Umsetzung der Alpha-Variante entschieden. Damit wird es zu einem umfangreichen Ausbau von vorhandenen Bahnstrecken für Gütertransporte aus den Seehäfen Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven kommen.

Mit der Einigung wurde ein fast 20jähriger Konflikt um die Art und Weise des Schie-

nenausbaus beigelegt. Die Alpha-Trasse sieht ein weiteres Gleis zwischen Lüneburg und Uelzen vor, den Ausbau zwischen Rotenburg und Verden sowie Langwedel und Uelzen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, bekräftigte, dass diese Ausbauvariante komplett in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werde.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

BAUWIRTSCHAFT BLICKT OPTIMISTISCH INS NEUE JAHR

Aufgrund der aktuellen Flüchtlingskrise und dem daraus resultierenden steigenden Wohnraumbedarf in Deutschland rechnet die Deutsche Bauwirtschaft im kommenden Jahr mit einem höheren Umsatzwachstum. Der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Karl-Heinz Schneider, rechnete mit einem Umsatzplus von 2,5 Prozent auf 235 Milliarden Euro in 2016. Bereits in diesem Jahr gäbe es ein Umsatzwachstum von zwei Prozent auf insgesamt 230 Milliarden Euro. Die Beschäftigung werde stabil bleiben. Besonders die Entwicklung im Wohnungsneubau würde dazu beitragen. So würde damit

gerechnet, dass jährlich ein Neubau von 400.000 Wohnungen in Deutschland notwendig werde. Problematisch sei jedoch die Erteilung von Baugenehmigungen, die mit rund 300.000 noch deutlich darunter läge. Gerade im Hinblick auf den steigenden Bedarf forderten die Bauwirtschaftspräsidenten verkürztere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Ein Vorschlag sei das so genannte »Typenhaus«, also standardisierte Gebäude, bei denen eine Einzelfallprüfung und -genehmigung überflüssig würde. Sie wären in sechs Monaten bezugsfertig und könnten 30 bis 40 Jahre lang den Ansprüchen gerecht werden.

OECD SENKT WIRTSCHAFTSPROGNOSE

Das globale Wachstum geht nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zurück. Ursächlich sei die Konjunkturfalte in wichtigen Schwellenländern. So bereiteten die schwächere Konjunktur Chinas und Rezessionen in Russland und Brasilien Grund zur Sorge. Das weltweite Wirtschaftswachstum läge 2016 daher nur noch bei 3,3 Prozent.

Für Deutschland rechnet die OECD mit einem »robusten Wachstum« von 1,8 Prozent in diesem Jahr und von 1,9 Prozent im kommenden Jahr.

Insgesamt zeigt sich die OECD aber leicht

optimistisch, dass die Welt-Konjunktur langsam wieder zunimmt. Dennoch warb OECD-Generalsekretär Angel Gurría für deutlich mehr Strukturreformen, da der Reformeifer sich stark verlangsamt habe. Die Eurozone sei ein Sorgenkind, weil sie viel zu wenig investiere. Auch Deutschland hänge im Bildungssektor vor allem für Kinder aus sozial schwachen Familien hinterher.

Auf lange Sicht sieht die OECD die aktuelle Flüchtlingssituation für Europa als wirtschaftlich positiv an. Eine zügige Integration in der Arbeitsmarkt vorausgesetzt, könnte die Wirtschaftsleistung um 0,1 bis 0,2 Prozent ansteigen.

CHINA: WIRTSCHAFTS- UND FINANZREFORMEN

Chinas Präsident Xi Jinping hat für den kommenden Fünf-Jahres-Plan von 2016 bis 2020 Reformen im Bereich der Wirtschaft und Finanzen angekündigt. Betroffen sind vor allem Freihandelszonen,

die den Marktzugang erleichtern und den Dienstleistungssektor weiter öffnen sollen. Die Finanzwirtschaft solle ausgebaut und Denkfabriken errichtet werden. Konkretere Pläne wurden jedoch nicht bekannt.

PERSONALIEN

KOBLER IST LEITER DER UN-MISSION IN LIBYEN

Der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat Martin Kobler zum neuen Sondergesandten und Leiter der UN-Unterstützungsmission in Libyen (UNSMIL) ernannt. Kobler leitete zuletzt die UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO).

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DER LINKEN

Heike Hänsel, 49, und Jan Korte, 38, sind die beiden neuen Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der LINKEN. Hänsel erhielt 69,5 Prozent, Korte 64,4 Prozent der Stimmen. Beide wurden auf Vorschlag der zwei neuen Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch ernannt.

BOEHRINGER INGELHEIM MIT CHEF AUS DER FAMILIE

Ab Juli 2016 soll nach 25 Jahren wieder ein Familienmitglied am Kopf des Pharmaunternehmens Boehringer Ingelheim stehen: Hubertus von Baumbach, 48. Der bisherige Finanzchef und Urenkel des Firmengründers löst dann den bisherigen Chef Andreas Barner ab. Baumbach ist gelernter Banker und studierter Jurist.

WEBER INS DIW KURATORIUM

Der ehemalige Bundesbank-Präsident Axel Weber, 58, soll am 20. November zum neuen Vorsitzenden des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gewählt werden. Er soll damit die Nachfolge von Bert Rürup antreten, der kürzlich seinen Rückzug angekündigt hatte.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

NORWEGISCHE BOTSCHAFT ZUM EXIL

Buchvorstellung der norwegischen Botschaft und der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) zum Thema »Die norwegische Exilzeitung: Håndslag«, unter anderem mit der norwegischen Botschafterin Elisabeth Walaas und dem Politikwissenschaftler Prof. Manfred Dammeyer. 16.11., 18 Uhr. Felleshus der Nordischen Botschaften, Rauchstraße 1, Berlin (Anmeldung erforderlich).

WORTE DER WOCHE

»Die Dobrindt-Maut ist unrettbar vermurkst und sollte endlich eingestampft werden.«

Valerie Wilms, Verkehrspolitikerin der Grünen. Der Bundesrechnungshof hat in einem Gutachten das Mautvorhaben von Minister Alexander Dobrindt, CSU, als »nicht realistisch« bezeichnet. Die EU-Kommission hat bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil das Gesetz nicht-deutsche EU-Bürger diskriminiert.

»In einer Woche hat der Konzern die Arbeit von 50 Jahren verspielt.«

Steve Westly, Tesla-Investor, über den Abgasskandal bei VW.

»Über der Stahlindustrie sind weltweit dunkle Wolken aufgezogen.«

Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

»Aber wir haben gesehen, dass die bislang ausgesprochenen Sanktionen die politischen Probleme nicht lösen können, zumal das Sanktionsnetz ja auch sehr löchrig ist. Viele Länder machen bei den Maßnahmen schlicht nicht mit.«

Der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Dr. Eckhard Cordes.

»Wir sind doch keine Selbstmörder, indem wir den Kauf moderner Technologien im Ausland verbieten.«

Der russische Industrieminister Denis Manturow will auf keinen Fall Gegensanktionen weiter ausweiten.

»Was ich schwierig finde, ist, dass wir klare Verabredungen getroffen haben, und immer kurz nachdem wir uns verabredet haben, gibt es einen neuen Vorschlag.«

Vizekanzler Sigmar Gabriel, SPD, zu den aktuellen Querschüssen aus der CDU/CSU-Fraktion in der Flüchtlingsfrage.

»Er besaß die Fähigkeit, fest zu stehen, wenn die Stürme tobten. Man konnte sich auf ihn verlassen.«

Der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger zum Tode Helmut Schmidts.

»Deutschland verdankt ihm viel. Schmidts Standfestigkeit hat der Republik geholfen, die schwere Prüfung des Terrors der 1970er Jahre zu bestehen. Ich stehe hier in tiefem Respekt vor den Leistungen Helmut Schmidts. Er war auch für mich eine Instanz, dessen Rat und Urteil mir etwas bedeuteten.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Tode Helmut Schmidts.

»Wie nur wenige in der deutschen Nachkriegsgeschichte hat er es verstanden, durch beherrschtes staatliches Handeln existenzielle Krisen zu meistern und zugleich den Menschen Orientierung in Zeiten der Unsicherheit zu geben. Er hat das Bild Deutschlands als eines der Freiheit, der Demokratie und dem sozialen Ausgleich verpflichtenden Landes nach innen und außen verkörpert und es verstanden, die Gesellschaft über die Partei- und Milieugrenzen hinweg zu integrieren.«

Alt-Kanzler Gerhard Schröder, SPD, zum Tode Helmut Schmidts.

TERMINE

16.11. DENA-ENERGIEEFFIZIENZKONGR«ESS 2015

Energieeffizienzkonferenz 2015 der Deutschen Energie-Agentur (dena) und Verleihung des Energy Efficiency Award, unter anderem mit Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks, und dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rainer Baake. 9 Uhr. bcc Berliner Congress Center, Alexanderstraße 11, Berlin (bis 17.11., kostenpflichtig).

18.11. DEUTSCHER HANDELSKONGRESS MIT BUNDESKANZLERIN MERKEL

Kongress unter anderem mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Chief Information Officer von Metro Cash & Carry, Thomas Storck. 8 Uhr, Hotel Maritim Berlin, Stauffenbergstraße 26, Berlin (bis 19.11., kostenpflichtig).

18.11. NAHOST-FORUM ZUR ENERGIEPOLITIK

Vortragsveranstaltung des Nahost-Forums zum Thema »Zur Energiepolitik – unter besonderer Berücksichtigung arabischer Staaten«, unter anderem mit dem Leiter der Repräsentanz Berlin der Wintershall Holding, Jürgen Möpert. 18 Uhr, Begegnungszentrum der Volkssolidarität, Torstraße 203-205, 10115 Berlin (Anmeldung erforderlich).

KOMMENTAR

DREI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE

Von Heino Wiese

Berlin ist nicht Silicon Valley

Ich habe mich vor zwei Tagen mit einem sehr erfolgreichen amerikanischen Unternehmer und Milliardär unterhalten. Er hatte drei interessante Thesen, die ich trotz teilweiser mangelnder »Political Correctness« und fehlender wissenschaftlicher Untermauerung für überlegenswert halte. Zum einen meint er, Silicon Valley sei unter anderem so erfolgreich, weil 30 Prozent der dort Arbeitenden Juden seien. Deren scharfer Intellekt, gepaart mit ihrem Optimismus, ihrem Fleiß und Sinn fürs Geschäft, seien Garant für den Erfolg. Außerdem meinte er, die Medienbranche sei schon lange nicht mehr wirklich innovativ und daher die nächste Branche, die kollabieren würde und dass man in den USA davon überzeugt sei, Berlin könne sich nicht zu einem wirklich erfolgreichen Standort entwickeln, weil dort nicht hart genug gearbeitet würde.

Schäubles Lawine

Wolfgang Schäubles Vergleich, dass mit der Flüchtlingswelle eine unkalkulierbare Lawine entstanden sei, hat zu den üblichen Reflexen geführt, die Political Correctness hervorruft. Die Politiker, die das auch vorschnell tun, vergessen, dass diese Empfindung von den meisten Menschen in Deutschland – so behaupte ich – geteilt wird. Dass man diese Empfindung nicht frei äußern darf, führt zu größerem Unbehagen. Vor allem, weil man der Politik nicht zutraut, das Problem in den Griff zu bekommen. Frau Merkel vermittelt den Eindruck, wie Gerhard Schröder sagt, dass sie spontan und gefühlsmäßig richtig gehandelt hat, ohne eine Ahnung zu haben, wie man mit dem Problem umgehen soll. Und der Krisenmanager Altmaier hat seine Gummistiefel immer noch im Schrank stehen.

CDU-Gründung in München

Ein ehemaliges Präsidiumsmitglied der CDU hat die Nase voll von der Schwesterpartei in Bayern, vor allem aber von deren Chef Seehofer. Man dürfe sich dieses querulativ Verhalten nicht länger bieten lassen und müsse Ortsverbände der CDU in Bayern gründen. Auch ehemalige Ministerkollegen von der CSU sollen sich diesen Überlegungen angeschlossen haben. Ich vermute zwar, dass der Ärger über Seehofer immens ist, wie einst der Ärger über Franz-Josef Strauß, aber dass es heute wie damals nicht ernsthaft dazu kommt, dass die marktbeherrschende Position in Bayern durch die CDU zerstört werden kann. Aber es wäre sicher ein nettes Thema für den Nockerberg.

BUNTES AUS BERLIN

SPIONAGEMUSEUM BERLIN

Seit Mitte September gibt es in Berlin das Spionagemuseum am Leipziger Platz. Die Bundeshauptstadt war seit jeher im Zentrum des nachrichtendienstlichen Interesses. Das neu eröffnete Museum widmet sich vielfältigen Aspekten zu den Themen Spionage und Gegenespionage. Auf mehr als 3.000 Quadratmeter werden mehr als 300 Exponate ausgestellt, von einer Gießkanne mit Kamera, einem toten Briefkasten, Abhörwanzen bis über einen Trabant mit eingebauter Infrarot-Kamera. Langfristig werden rund 1.000 Stücke zu sehen sein. Das Museum wird privat finanziert und ist nach eigenen Angaben das einzige dieser Art in Deutschland. Leipziger Platz 9, Berlin, täglich von 10 bis 20 Uhr. Eintritt 18 Euro, ermäßigt 14 Euro.

Gugl-Hupf 

EU-PARLAMENT NUTZT SNAPCHAT

Das soziale Netzwerk Snapchat ist das derzeit am schnellsten wachsende Netzwerk im Internet. Dabei ist Snapchat ein Instant-Messenger, der sich auf selbstlöschende Fotos- und Videonachrichten spezialisiert und weltweit zurzeit 200 Millionen Nutzer hat, ein Drittel davon in Europa. Die meisten User sind unter 30 Jahre alt. Das EU-Parlament hat sei Mai einen eigenen Account und versucht über diesen Dienst vor allem ein jüngeres Publikum zu erreichen und ihnen Einblicke in die Aufgaben und Tätigkeiten des EU-Parlaments zu vermitteln. Veröffentlicht werden hauptsächlich kurze Text, die mit Bildern oder Videos illustriert sind. Freitags gibt es einen wöchentlichen Rückblick, der die wichtigsten Themen der vergangenen Tage zusammenfasst. Die Kommunikation geht in beide Richtungen, so können Benutzer auch konkrete Fragen einsenden. Um dem EU-Parlament zu folgen, muss man in der Snapchat-App den Benutzernamen »europark« eingeben.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de